

Menschen in Ahaus und Umgebung fühlen sich bedroht durch die angekündigten Castortransporte mit radioaktiven Abfällen aus Jülich und Garching in das Brennelemente-Zwischenlager Ahaus (BZA).

Das Presbyterium und der Ausschuss für gesellschaftliche Verantwortung und Diakonie der Ev. Kirchengemeinde Ahaus teilen diese Ängste und Sorgen,

- weil es bislang kein Endlager gibt,
- weil nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 in den USA berechtigte Zweifel an einer sicheren Einlagerung und aufgrund der aktuellen terroristischen Bedrohungslage solche auch bezogen auf die Transporte bestehen,
- weil durch die in der Region dicht beieinander liegenden Standorte kerntechnischer Anlagen (Atomkraftwerk Lingen, Urananreicherungsanlage Gronau und Atommüllzwischenlager Ahaus) erhöhte Gesundheits- und Sicherheitsrisiken für die Bevölkerung bestehen, wie die Katastrophen von Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 gezeigt haben,
- weil jeder Unfall, bei dem Radioaktivität freigesetzt wird, die Landwirtschaft unserer Region auf unabsehbare Zeit schädigt, da die Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel einen Herkunftsnachweis einschließt,
- weil es keine nachvollziehbaren Begründungen für den Transport nach Ahaus statt eines Neubaus in Jülich gibt, zumal eine Reparatur der aus Jülich stammenden Castoren immer wieder einen erneuten Transport nach Jülich und Rücktransport nach Ahaus mit sich bringen würde, weil in Ahaus im Gegensatz zu Jülich keine „heiße Zelle“ besteht und diese für Ahaus auch vertraglich ausgeschlossen ist,
- es sich bei den Castorinhalten aus Garching bei München um atomwaffenfähiges Material handelt,
- durch diese geplanten Transporte nicht nur die Bürgerinnen und Bürger von Ahaus, sondern in weiträumig allen Orten entlang der Strecken, durch die die Transporte erfolgen, gefährdet werden. Bei den Transporten aus Jülich über die Autobahnen sind z.B. wesentliche Teile des hochbesiedelten Rhein-Ruhrgebietes betroffen.

Wir freuen uns, dass nach der Katastrophe von Fukushima die Bundesregierung das Abschalten der Atomkraftwerke beschleunigt hat und erwarten nun von allen verantwortlichen politischen Institutionen auch bei den Folgen des Atomausstiegs die höchste Priorität auf die Sicherheit der Bevölkerung und Umwelt zu legen.

Deshalb unterstützen wir – auch ausgehend von der Erklärung der Synode des Evangelischen Kirchenkreises Steinfurt-Coesfeld-Borken – alle Menschen, die ihre Sorgen und Ängste vor Castortransporten gewaltfrei und mit friedlichen Mitteln zum Ausdruck bringen:

- Wir öffnen die Ev. Christuskirche in Ahaus für Gebet und Andacht.
- Wir öffnen bei Bedarf und nach Absprache unser Ahauser Gemeindehaus.
- Wir unterstützen ausdrücklich die einstimmige Positionierung des Rates der Stadt Ahaus gegen die Transporte von Jülich nach Ahaus.
- Wir unterstützen zusammen mit vielen anderen Organisationen die Westcastor-Resolution gegen diese Transporte.
- Wir bieten ein Forum für Informationsveranstaltungen zu Umweltfragen.
- Wir arbeiten zusammen mit den Anliegen tangierenden kirchlichen Gremien und Verbänden.
- Wir vertreten unsere Position in der Öffentlichkeit, z.B. in der Presse und auf Kirchentagen.

Ahaus, den 8. Februar 2017

